# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 274. **für Anhalt und Thüringen.** Jahrgang 203.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Kurier (illgl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

**Zweite Ausgabe**

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Fernsp. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

**Mittwoch, 15. Juni 1910.**

Geschäftsstelle in Berlin: Berndurgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.


## Die päpstliche Note zur Borromäus-Enzyklika.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Der Ministerpräsident Herr v. Bethmann Hollweg hatte in der Antwort, die er am 9. Juni im Abgeordnetenhause auf die Interpellationen über die Borromäus-Enzyklika erteilte, Mitteilung von der durch ihn eingeleiteten diplomatischen Aktion gemacht. Ueber den Verlauf und das Ergebnis dieser Aktion teilen wir das Nachstehende mit:

Am 6. d. Mts. war dem preußischen Gesandten beim Vatikan telegraphisch die Weisung erteilt worden, dem Kardinalstaatssekretär folgende Note zu übergeben:

„In der Nummer 9 der „Acta Apostolicae Sedis" ist unter dem Datum des 26. Mai eine Enzyklika „Editae saepe Dei opere sententiae" veröffentlicht worden, deren neunter Absatz Urteile über die Reformatoren und die der Reformation zugetanen Fürsten und Völker enthält. Diese Urteile sind nicht auf den dogmatischen und kirchenregimentlichen Gegensatz der Konfessionen beschränkt, sondern sie erstrecken sich zugleich auf das moralische Gebiet.

Es hat nicht ausbleiben können, daß diese Urteile eine tiefgehende Erregung in allen evangelischen Kreisen Preußens hervorgerufen haben, welche sich in ihren religiösen, sittlichen und staatlichen Empfindungen, die untrennbar mit der Geschichte der Reformation verbunden sind, schwer verletzt fühlen.

Die Königlich preußische Staatsregierung sieht sich daher veranlaßt, gegen diese auch an das preußische Episkopat gerichteten Kundgebungen Verwahrung einzulegen. Zugleich weist sie darauf hin, daß die Verantwortung für Störungen des konfessionellen Friedens, welche eine Folge des Rundschreibens sind, allein diejenige Stelle trifft, von der es ausgegangen ist. Dies glaubt die preußische Regierung, die beim apostolischen Stuhle im Interesse guter Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine diplomatische Vertretung unterhält, durch ihren Vertreter mit um so größerer Berechtigung aussprechen zu können, als sie ihrerseits, treu ihren verfassungsmäßigen Aufgaben, bestrebt ist, mit allem Ernst und mit allen Mitteln die Wahrung und Festigung des Friedens zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung des Staates zu fördern."

Der Gesandte hat diesen Auftrag am 8. d. Mts. ausgeführt und dabei der ihm erteilten Instruktion gemäß die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die päpstliche Kurie Mittel und Wege finden werde, die geeignet seien, die aus der Veröffentlichung der Enzyklika sich ergebenden Schäden nach Möglichkeit zu beseitigen. Insbesondere dürften wir erwarten, daß die Enzyklika in den deutschen Diözesen weder von der Kanzel verkündet noch in den bischöflichen Verordnungsblättern veröffentlicht würde.

Am 11. d. Mts. ist dem Gesandten amtlich erklärt worden, daß der Papst bereits den deutschen Bischöfen den Befehl gegeben habe, eine solche Verkündigung und Veröffentlichung zu unterlassen.

Am 13. d. Mts. hat die Kurie dem Gesandten folgende, vom Kardinalstaatssekretär unterzeichnete Note behändigt:

„Der unterzeichnete Kardinalstaatssekretär hat die Ehre, Seiner Exzellenz dem preußischen Herrn Gesandten den Empfang der gefälligen Note vom 8. d. Mts. wegen der Erregung, die in der preußischen Bevölkerung nach der Veröffentlichung der Enzyklika „Editae saepe" sich gezeigt hat, zu bestätigen. Der Heilige Stuhl glaubt, daß der Ursprung dieser Erregung darauf zurückzuführen ist, daß der Zweck nicht richtig erkannt worden ist, auf den die Enzyklika gerichtet war, und daß daher einige ihrer Sätze in einem Sinne ausgelegt worden sind, der den Absichten des Heiligen Vaters völlig fremd sind. Es liegt daher dem unterzeichneten Kardinal daran, zu erklären, daß Seine Heiligkeit mit wahrem Bedauern die Nachricht von einer solchen Erregung vernommen hat, da — wie schon öffentlich und formell erklärt worden ist — irgendwelche Absicht, die Nichtkatholiken Deutschlands oder dessen Fürsten zu kränken, seiner Seele ganz und gar fern lag.

Der Heilige Vater hat übrigens niemals eine Gelegenheit vorübergehen lassen, um seine aufrichtige Achtung und Sympathie für die deutsche Nation und ihre Fürsten zu bekunden, und hat noch bei einer kürzlichen Gelegenheit die Freude gehabt, diese seine Gefühle zu wiederholen.

Der unterzeichnete Kardinal benutzt diese Gelegenheit, um Seiner Exzellenz den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochschätzung zu erneuern."

*

Die Universität Leipzig sandte an den König von Sachsen ein Telegramm, in welchem sie ihrer Freude und ihrer Dankbarkeit für die Stellungnahme Seiner Majestät in der Angelegenheit der Borromäus-Enzyklika Ausdruck gibt.

Schließlich erfahren wir noch aus Zürich: Die 66. Jahresversammlung der schweizerischen Prediger-Gesellschaft nahm einstimmig eine Resolution an, die gegen die Borromäus-Enzyklika protestiert und sie einen unverantwortlichen Angriff auf den konfessionellen Frieden nennt.

Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Berlin gedrahtet: Auch das Konsistorium der französischen Kirche von Berlin hat Stellung gegen die Enzyklika genommen.

Zu der gestrigen Tagung auf der Wartburg waren 1400 Personen versammelt. Auf eine eindrucksvolle Rede des Kirchenrats Dr. Kieser wurde an den Großherzog ein Huldigungstelegramm gerichtet und eine Resolution angenommen.

## Die Reichsversicherungsordnung.

Die Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung, die am 27. Mai ihre Sitzungen begonnen hat, hat bis zum 10. Juni, an dem sie eine kurze Pause hat eintreten lassen, etwas über 200 Paragraphen von den insgesamt 1754 Paragraphen in erster Lesung erledigt. Schon eine große Reihe grundlegender Aenderungen sind beschlossen worden, die auch von größerer Bedeutung für die Oeffentlichkeit sind.

Zunächst sollen die Wahlen zu den Vertretungskörperschaften bei Versicherungsanstalten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorgenommen werden.

Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Einführung der Versicherungsämter ist rundweg abgelehnt worden. Dafür soll bei jeder unteren Verwaltungsbehörde eine Abteilung für Arbeiterversicherung (sog. Versicherungsamt) errichtet werden. Es kann auch für die Bezirke mehrerer unterer Verwaltungsbehörden bei einer dieser Behörden eine gemeinsame Abteilung für Arbeiterversicherung gebildet werden. Diese unteren Verwaltungsbehörden, Abteilung für Arbeiterversicherung, sollen die Geschäfte der Reichsversicherung wahrnehmen und in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft erteilen. Der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde ist zugleich auch der Vorsitzende der Abteilung für Arbeiterversicherung. Für ihn kann ein Stellvertreter, der durch Vorbildung oder Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geeignet ist, bestellt werden. Die Bedingung der zweiten juristischen oder Verwaltungsprüfung ist also völlig fallen gelassen worden, wodurch die Kosten natürlich erheblich verbilligt werden. Wenn die Abteilung für Arbeiterversicherung bei einer Gemeindebehörde gebildet ist, so wird der Stellvertreter des Vorsitzenden durch den Gemeindevorstand bestellt. In den vom Gesetz bestimmten Fällen sind als Beisitzer des Versicherungsamtes Versicherungsvertreter beizuziehen, die je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten genommen werden. Die sämtlichen persönlichen und sächlichen Ausgaben der Abteilung für Arbeiterversicherung trägt der Bundesrat, ebenso die persönlichen und sächlichen Kosten der Oberversicherungsämter, die von der obersten Verwaltungsbehörde am höheren Staatsbehörden angegliedert oder als selbständige Staatsbehörden errichtet werden können. Die Errichtung besonderer Oberversicherungsämter ist von der Kommission abgelehnt worden.

Der Ortslohn soll für Männer und Frauen, für Versicherte über und unter 16 Jahren, für solche von 16 bis 21 Jahren und für diejenigen, welche über 21 Jahre alt sind, besonders festgesetzt werden. Nur die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen begründet keine Versicherungspflicht, alle anderen Verwandtschaftsgrade zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließen die Versicherungspflicht und die Versicherungsberechtigung nicht aus.

Die Krankenversicherung, die im zweiten Buche behandelt wird, hat insofern an Ausdehnung erfahren, als nicht nur Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, sondern auch alle anderen in gehobener Stellung befindliche Angestellte der Versicherungspflicht unterliegen, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet. Der Jahresarbeitsverdienst, bis zu welchem man der Krankenversicherungspflicht unterliegt, der nach dem Entwurf auf 2000 Mark festgesetzt war, ist auf 2500 Mark erhöht worden. Dasselbe ist auch bei der freiwilligen Versicherung der kleinen Gewerbetreibenden geschehen. Lehrlinge sind nur dann auf Antrag von der Versicherungspflicht zu befreien, wenn sie im Betriebe ihrer Eltern beschäftigt sind. Die Kommission hat schließlich auch abgelehnt, denjenigen von seiner Versicherungspflicht auf seinen Antrag zu befreien, dem bei Erkrankung an seinen Arbeitgeber ein Anspruch auf eine den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertige Unterstützung zusteht, wenn der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt und seine Leistungsfähigkeit sicher ist. Der höchste ortsübliche Tagelohn, nach dem sich das Krankengeld bemißt, ist von 4 auf 5 Mark und statutarisch von 5 auf 6 Mark erhöht und die Krankenhauspflege in größerem Umfange ausgedehnt worden.

Angesichts des Bestrebens gewisser Parteien, immer neue Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung aufzuerlegen, ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Kosten der sozialen Versicherungsgesetze im Jahre 1907 bereits 763 Millionen Mark betragen haben, die durch die Veränderungen der Regierungsvorlage sich allein um 127 Millionen Mark steigern sollen. Da der Höhepunkt noch nicht erreicht ist, so dürften in kurzem Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft mit sozialpolitischen Lasten in Höhe von rund 1 Milliarde Mark jährlich zu rechnen haben.

### Die Kretafrage.

Der Pariser „Agence Havas" wird aus London gemeldet: Es ist durchaus unrichtig, daß die französische Regierung eine Konferenz der Schutzmächte in London vorgeschlagen habe, die sich mit der kretischen Frage befassen sollte. Eine Konferenz dieser Art ist weder von Frankreich noch von einer anderen Macht vorgeschlagen worden. Wahr ist lediglich, daß den Vertretern der Schutzmächte in London nahegelegt worden ist, die kretische Frage in vertraulichen Unterhaltungen und in Fühlung mit dem britischen Auswärtigen Amt zu erörtern, um dadurch die Verzögerungen zu vermeiden, die notwendig entstehen, wenn die Verhandlungen über alle Einzelheiten zwischen den verschiedenen Hauptstädten geführt werden. Weiter ist unrichtig, daß die französische Regierung eine Regelung der kretischen Frage vorgeschlagen, und daß das britische Auswärtige Amt aus dynastischen oder anderen Motiven diesen Vorschlag zurückgewiesen habe. Bis heute ist keinerlei Regelung vorgeschlagen worden.

Das Reutersche Bureau veröffentlicht eine ähnliche Erklärung und sagt zum Schluß: Wir sind ermächtigt, mit allem Nachdruck zu erklären, daß gegenüber allen anders lautenden Nachrichten von Zeitungen des Kontinentes in bezug auf Kreta Pichon und Grey dieselbe Politik verfolgen, und keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen der englischen und französischen Regierung besteht.

## Deutsches Reich.

* **Se. Maj. der Kaiser nahm am Dienstag** vormittag die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, des Kriegsministers und des Chefs des Marinekabinetts entgegen.

* **Bei der Reichstagsersatzwahl im Kreise Friedberg-Büdingen** erhielten am 14. cr. bis 10½ Uhr abends Professor Dr. von Calker (nallib.) 4379, Dr. von Helmolt (Bund der Landwirte) 6310, Busold (Soz.) 9419 Stimmen. Es findet somit Stichwahl statt zwischen von Helmolt und Busold. Die Wahlergebnisse von drei kleineren Orten stehen noch aus.

* **Zum Kampf im Baugewerbe.** Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht, die am 14 cr. in Dresden eröffnet wurden, führten zu einem Ergebnis über München und Nürnberg, wo einige Lohnerhöhungen bewilligt wurden. Die Beratungen wurden hierauf abgebrochen und auf heute vertagt.

* **Zum Unglücksfall des „Z. 2".** Wie die „Berliner Korrespondenz" meldet, tritt die vom Kriegsminister einberufene Kommission zur Untersuchung der Ursachen, die zum Unglücksfall des Luftschiffes „Z. 2" führten, am 18. Juni zur mündlichen Verhandlung zusammen. Außer den Obersten Schmiedecke und Messing sowie dem Major Sperling vom Kriegsministerium bezw. der Versuchsabteilung der Verkehrstruppen gehören der Kommission an Professor Busley, Direktor Crell der Siemens-Schuckert-Werke und Oberingenieur Dürr von der Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft.

## Preußischer Landtag.

### Herrenhaus.

14. Sitzung vom 14. Juni, 1½ Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim, Frhr. v. Rheinbaben.

**Erklärungen zur Enzyklika.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

**Graf Ziethen-Schwerin:** Eine tiefgehende Erregung ist in der evangelischen Bevölkerung von ganz Deutschland, insbesondere unseres preußischen Vaterlandes, hervorgerufen durch die Borromäus-Enzyklika des Papstes. Ein Sturm der Entrüstung hat sich erhoben über die Schmähungen, welche die Enzyklika ausspricht gegen die Reformation, ihre Urheber und die Fürsten und Völker, die sich der Reformation angeschlossen haben. Ich würde in Uebereinstimmung mit meinen Freunden es für notwendig gehalten haben, einen förmlichen Beschluß über diesen Vorgang herbeizuführen. Allein im Hinblick auf die vom Präsidenten des Staatsministeriums im anderen Hause abgegebene Erklärung und mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Landtages beschränke ich mich darauf, diese päpstliche Kundgebung, die unter Nichtachtung der geschichtlichen Tatsachen eine schwere Verunglimpfung der evangelischen Bevölkerung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191006152-12/fragment/page=0001

enthält und die geeignet ist, den von uns erstrebten und dem Vaterlande so notwendigen Frieden unter den Konfessionen zu zerstören, aufs entschiedenste zurückzuweisen. Ich bin hierbei der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des hohen Hauses gewiß. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

**Frhr. v. Landsberg:** Die Erklärung des Herrn Grafen Ziethen-Schwerin hat auch mich veranlaßt, das Wort zu nehmen. Sie werden es begreifen, wenn ich als Katholik — ich kann nicht im Namen der katholischen Mitglieder des Hauses sprechen, aber ich glaube doch, der Zustimmung der überwiegenden Mehrzahl derselben mich versichert halten zu können — wenn ich gegen diese Erklärung in manchen Beziehungen Verwahrung einlegen muß. Ich kann nicht zugeben, daß in dieser Enzyklika Schmähungen und Verunglimpfungen enthalten sind, und ich muß gegen diese Worte in der Erklärung des Grafen Ziethen-Schwerin meine entschiedene Verwahrung einlegen. Ich begreife es andererseits wohl, daß der Wortlaut der Enzyklika zu einer Erregung der evangelischen Bevölkerung in Preußen Veranlassung gibt. Die Tatsachen sprechen ja dafür; überdies haben wir es ja gehört aus der Erklärung des Herrn Grafen Ziethen-Schwerin. Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß die Enzyklika eine rein kirchliche Angelegenheit ist; aber wir teilen auch das Bedauern, das durch den Wortlaut derselben eine derartige Erregung in der evangelischen Bevölkerung eingetreten ist, und wir würden das um so mehr bedauern, wenn dadurch irgend ein Zwiespalt zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung entstehen sollte. Graf Ziethen-Schwerin hat es ja auch bereits hervorgehoben, aber ich möchte es auch nicht unerwähnt lassen, daß es um so mehr das Bestreben sein wird, wie bisher nach allen Kräften für den konfessionellen Frieden zu wirken. (Lebhafter Beifall.) Wenn in irgend einem Lande, ist es für uns in Deutschland ein dringendes Erfordernis; der Zustimmung hierzu darf ich von allen Seiten mich versichert halten. Aber das hindert mich doch nicht, daß ich als Katholik gegen diese Kritik der Enzyklika Verwahrung einlegen und die bestimmte Erklärung abgeben muß, daß wir als Katholiken dieser Erklärung des Herrn Grafen Ziethen-Schwerin unmöglich zustimmen können. Herr Graf Ziethen-Schwerin hat betont, daß er eine Interpellation nicht einbringen könne mit Rücksicht auf die im anderen Hause stattgefundenen Verhandlungen. Sie wissen, daß auch Verhandlungen in Rom im Gange sind, und ich hoffe auch noch, daß sie weiter zu einer friedlichen Auslegung der Enzyklika Veranlassung geben werden, wie wir überzeugt sind, daß sie nicht anders beabsichtigt war. Ich bitte Sie also, diese meine Erklärung auch von allen Seiten wohlwollend aufzunehmen und anzuerkennen, daß wir als Katholiken der Erklärung des Grafen Schwerin nicht zustimmen können, aber uns vollständig dem Wunsch anschließen, den konfessionellen Frieden nach Möglichkeit zu wahren. (Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

General der Kavallerie **v. Kleist**, der neu eingetreten ist, wird als Mitglied vereidigt.

**Die Reisekosten der Staatsbeamten.**

Einmalige Schlußberatung. Eine Kommissionsberatung hat nicht stattgefunden. Oberbürgermeister Dr. **Lentze**-Magdeburg beantragt Zustimmung zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Erster Bürgermeister Dr. **Johansen**-Minden: Welchen emphatischen Erwartungen begegnete die Vorlage und wie mager ist der Erfolg! Der einzige Lichtblick ist die Beseitigung des Vorwurfs, es werde zu viel gereist. Eher wird zu wenig gereist; die Behörden können die persönliche Fühlung auf den Kongressen usw. nicht entbehren, das einzige Mittel gegen die Regierereri vom grünen Tisch. Die erhoffte Entlastung der Staatskasse erfolgt durch dieses Gesetz kaum. Warum ist man bei dem Prinzip der Kilometergelder geblieben? Warum will man nicht, wie es in den meisten Kommunen der Fall ist, die wirklichen Ausgaben ersetzen? Was in den großen Städten mit ihren Revisionsbureaus möglich ist, muß auch für den Staat möglich sein.

Finanzminister **Frhr. v. Rheinbaben**: Der Vorredner wünscht ein Resultat, das für die Beamten finanziell noch ungünstiger ist als die Vorlage. Das ist ja Ansichtssache. Wir sind davon ausgegangen, daß der Zustand aufhören muß, daß die Beamten aus den Diäten und Reisekosten Ueberschüsse erzielen. Das ist notwendig im Interesse des Ansehens der Beamten. Um aber den Mehrverbrauch von Kleidern usw. bei der Reise zu decken, muß ihnen ein kleines, aber bescheidenes Plus bleiben. Wir glauben, den Anreiz zu übermäßigem Reisen zu vermindern. Gewiß sind die Reisen durchaus notwendig, um dem grünen Tisch entgegenzuwirken; es wird auf der einen Seite zu wenig gereist, auf der anderen Seite aber zu viel. In bezug auf die Reisen zu Kongressen bin ich anderer Ansicht als der Vorredner. Bei den nicht vollbesoldeten Beamten soll darauf Rücksicht genommen werden, daß sie auf die Nebeneinnahmen aus Diäten und Reisekosten angewiesen sind, und wir haben bereits vereinbart, daß sie bei der Prüfung der Sätze möglichst wohlwollend behandelt werden sollen.

Die Vorlage wird unverändert angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft.

Der Lotteriestaatsvertrag mit Elsaß-Lothringen wird gleichfalls in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Den Bericht der Agrarkommission über die Novelle betr. den Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen erstattet Herr v. Wiedebach-Nostitz.

Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Der Bericht des Oberbürgermeisters Dr. **Rive**-Halle über die Uebersicht über die Ergebnisse der staatlichen Veranstaltungen zur Ausbildung und Fortbildung von Turnlehrern und Turnlehrerinnen sowie zur Ausbildung von Leitern für Volks- und Jugendspiele in Preußen während des Etatsjahres 1909 wird zur Kenntnis genommen. Die Eingabe um Einführung eines obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterrichtes für alle, auch für höhere Mädchenschulen wird zur Erwägung überwiesen.

Eine weitere Petition geht aus vom Zentralverbande der Kohlenhändler Deutschlands und fordert Abstandnahme von jeder Begünstigung der Konsumvereine und Genossenschaften; eine andere geht aus vom Verbande westdeutscher Konsumvereine und fordert Abstandnahme von jeder Beschränkung der Bewegungsfreiheit durch Sonderbesteuerung. Die Handelskommission des Herrenhauses hielt es für mindestens zweifelhaft, ob eine Besteuerung der Konsumvereine überhaupt gerechtfertigt sei. Von einer weiteren Heranziehung zur Steuer kann jedenfalls nicht die Rede sein. Begründeter erschien der Handelskommission dagegen die Klage wegen der Beteiligung der Beamten an den Bestrebungen der Konsumvereine und Genossenschaften. Man war sich allerdings darüber klar, daß die Genossenschaften auf dem Lande einen beinahe tödlichen Stoß erhalten würden, wenn man die Beteiligung der Geistlichen und Lehrer an der Leitung im allgemeinen verbieten würde und die Kommission widerräte, eine allgemeine gesetzliche Bestimmung dahin zu treffen. Aber es wurde doch für richtig erachtet, daß die vorgesetzten Behörden ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Beamten, Geistlichen und Lehrer die ihnen überkragenen Stellungen in möglichst taktvoller und diskreter Weise ausüben, und daß alle Beamten, die zu berechtigten Klagen in dieser Hinsicht Anlaß geben, veranlaßt werden, ihre Stellung aufzugeben. Was die angebliche Hergabe von staatlichen Geldern zu Vorzugszinsen betrifft, so wird damit gemeint sein die Hergabe von Geldern der preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Man war sich in der Kommission wohl bewußt, daß die Provinzialkassen das von der Zentralgenossenschaftskasse erworbene Geld mit einem solchen Gewinn an die Verbandsgenossenschaften weitergeben, daß diese tatsächlich meist den offenen Marktsatz für Geld bezahlen müssen. Es wurde ferner als feststehend angesehen, daß die ganze genossenschaftliche Disziplin verloren gehen würde, wenn es durch Erhöhung des Zinssatzes den Genossenschaften verlockend sein würde, sich an anderen Stellen Geld zu besorgen. Trotz alledem glaubt man in der Handelskommission, daß hie und da die Zentralgenossenschaftskasse den Zinssatz etwas erhöhen könnte. Die Handelskommission ersucht die Regierung, alle diese Fragen fortgesetzt mit fürsorglichem Interesse im Auge zu behalten.

Die Tagesordnung ist hiermit erschöpft. Mittwoch 12½ Uhr: Zivilliste, Wohnungsgeldzuschüsse und die sonstigen Vorlagen aus dem Abgeordnetenhause.

Schluß 4½ Uhr.

---

**Abgeordnetenhaus.**

**86. Sitzung vom 14. Juni, 11 Uhr.**

Am Ministertisch: Kommissare.

Eine Reihe von Petitionen mehr persönlichen Inhalts werden ohne Erörterung nach den Vorschlägen der Kommission erledigt. Zwei Petitionen auf gesetzliche Regelung des

**Dienstbotenwesens auf dem Lande**

beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Die Dienstbotenordnung ist völlig veraltet. Eine gesetzliche Neuregelung hätte längst erfolgen müssen. Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse lassen für die Dienstboten auf dem Lande aber auch alles zu wünschen übrig. Dies alles aber wird erst besser werden, wenn der Reaktion das Rückgrat gebrochen ist.

Abg. **Berndt** (Ztr.): Auf des Vorredners Uebertreibungen gehe ich nicht ein. Aber bei der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung der Petitionen genügt mir eine Ueberweisung als Material nicht; das wäre ja nur ein Begräbnis dritter Klasse. Ich beantrage Berücksichtigung.

Abg. **v. Jagow** (kons.): Auch wir halten eine gesetzliche Regelung des Gesindewesens für erforderlich und erwarten eine entsprechende Vorlage. Hoffentlich werden darin auch entschiedene Vorschriften zur Hintanhaltung des Kontraktbruches enthalten sein.

Abg. **Peltasohn** (frs. Vp.): Wir wünschen ebenfalls dringend eine baldige gesetzliche Regelung des Gesindewesens, da die bestehenden Gesindeordnungen längst veraltet sind. Wir wollen die Petitionen der Regierung als Material überweisen und lehnen den Antrag Berndt ab.

Abg. **v. Oertzen** (frkons.): Die Herren Sozialdemokraten kennen die Verhältnisse auf dem Lande nicht und bringen hier Beschwerden vor, ohne daß sie Namen nennen können. Wir sind gerade angewiesen, die Dienstboten gut zu behandeln, weil Not an Gesinde herrscht. Deshalb sind die Klagen fast durchweg unberechtigt. Mit den Sozialdemokraten werden wir uns niemals verständigen. Sie sind Theoretiker, wir Männer der Praxis, und mit den Erfahrungen der Praktiker ist den Arbeitern am besten gedient. Der Streit ist das größte Unglück, das passieren kann. Glauben Sie (zu den Soz.) doch nicht, daß wir Ihnen so leicht nachgehen!

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole) erklärt sich ebenfalls für die Petitionen.

Abg. **Kreth** (kons.): Der „Vorwärts" wird natürlich morgen in seiner phrasenhaften Art schreiben, daß wir unter der Wucht der Ausführungen des Abg. Liebknecht zusammengebrochen seien. Dem ist natürlich keineswegs so. Der Abg. Liebknecht hat die sittliche Verpflichtung, die Namen der Arbeitgeber zu nennen, die sich Roheiten gegen das Gesinde nach seinen Ausführungen haben zuschulden kommen lassen, damit wir diese Roheiten vor dem Lande brandmarken und den Leuten, für die wir hier ganz ungerechtfertigterweise auf die Anklagebank gebracht werden, ordentlich einmal die Wahrheit sagen können, welche Verpflichtungen sie als Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist auf dem Lande noch gut. Aber nach Ansicht der Sozialdemokraten ist es eben der größte Fehler, daß die Leute noch so zufrieden sind, deshalb wollen sie sie aufpeitschen. Das tun sie auch hier. Sie sechs Mann (zu den Sozialdemokraten) reden hier, als ob Sie tausend hier wären. Es ist außerordentlich schade, daß man nicht jetzt bei der Geschäftslage das Kapitel „Die Sozialdemokraten als Arbeitgeber", das ein sehr eigenartiges Kapitel ist, gründlich behandeln kann. Acht Tage brauchte man allerdings dazu. Nur ganz kurz will ich erinnern an die Streitigkeiten zwischen den Konsumvereinen und den Lagerhaltern. Da wurde den sozialdemokratischen Arbeitgebern vorgeworfen, daß von ihnen die Tarife gar nicht eingehalten würden, daß die Arbeitslöhne für die Angestellten der Konsumvereine wahre Hungerlöhne sind, um den sozialdemokratischen Ausdruck zu gebrauchen, und daß die Arbeitszeit eine eminent lange ist. Wie soll man da von den Sozialdemokraten verlangen, daß sie die kleinen Leute gut behandeln, wenn sie die Spitze der eigenen Partei unter der Knute hält? Die bürgerlichen Parteien werden fortgesetzt als Arbeitgeber angeklagt, da müssen wir uns wehren. (Präsident v. Kröcher: Gesindeordnung!) Dann will ich vom sozialdemokratischen Gesinde sprechen. (Heiterkeit.) Wir haben den dringenden Wunsch, daß von seiten der Arbeitgeber alles getan wird, um die Zufriedenheit der Dienstboten und Angestellten zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Strosser** (kons.): Die Arbeitgeber, die das Gesinde auf dem Lande nicht gut behandeln, bekommen überhaupt keine Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Das ländliche Gesinde muß heute wie ein rohes Ei behandelt werden. Es darf nicht so behandelt werden wie Fabrikarbeiter und dergleichen. (Zustimmung rechts.)

Die Petitionen werden der Regierung als Material überwiesen.

Eine Petition des Majors a. D. **v. Donat**-Breslau empfiehlt die Lösung des Oder-Problems durch Stauseen.

Die Petition wurde in einer Kommission beraten. Diese empfiehlt in zwei Resolutionen, das Donatsche Projekt für ungeeignet zu erklären, die Interessen der Landeskultur und des Hochwasserschutzes zu fördern und ferner zu erklären, daß auch die Interessen der Schiffahrt durch die von der Regierung in den Nebenflüssen der Oder beabsichtigten Staubecken vorteilhafter gewahrt werden als durch das Donatsche Projekt.

Abg. Dr. **Wagner** (frk) verteidigt sich gegen Angriffe der Breslauer freisinnigen Blätter.

Abg. **Schaube** (frk.) weist darauf hin, daß die maßlosen Angriffe des Majors v. Donat gegen die Regierung für die Größe seiner Sache nicht gerade sprechen. Der Redner lehnt das Projekt im Interesse der Stadt Ohlau ab.

Abg. **Strosser** (kons.) verteidigt die Stellungnahme der Kommission. Die eingehenden Untersuchungen in der Kommission haben den Beweis erbracht, daß das Donatsche Projekt unmöglich ist.

Die Resolutionen der Kommission wurden angenommen.

Eine Petition der Vereinigung selbständiger, in Preußen vereideter Landmesser in Berlin fordert Abänderung der Geschäftsanweisung für die Katasterämter, sowie Aufhebung bezw. Erhöhung des Kataster-Gebührentarifs.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. **Bortscher** (Ztr.) beklagt die hohen Katastergebühren im Interesse der Landwirtschaft.

Abg. **Lieber** (natl.) beantragt, die Regierung zu ersuchen, im Laufe der nächsten Session eine Zusammenstellung darzulegen, die ersehen läßt, in wieviel Fällen die Regierung von ihrem eingeräumten Befugnis, die Gebühren zu ermäßigen, Gebrauch gemacht habe und nach welchen Grundsätzen dabei verfahren worden ist.

Abg. **v. Ditfurth** (kons.) beantragt, die Petition zur Erwägung zu überweisen.

Abg. **Weisermel** (kons.) hält es für ausreichend, sie als Material zu überweisen.

Die Petition wird zur Erwägung überwiesen, der Antrag Lieber angenommen.

Eine Petition von Knappschaftsältesten um Wiederverleihung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Aeltestenwahlen und die invaliden Mitglieder der preußischen Knappschaftsvereine beantragt die Kommission durch Tagesordnung zu erledigen.

Ein **Regierungskommissar**: Die Nichtwählbarkeit der Invaliden war ein Teil des auch von der Staatsregierung gutheißenen Kompromisses, auf dessen Boden sich vor zwei Jahren alle bürgerlichen Parteien zusammenfanden. Es ist nicht angängig, aus diesem Kompromiß heute einen einzelnen Punkt herauszunehmen. Friedliche Verhältnisse werden nicht gefördert, wenn man diesen Streitpunkt jetzt wieder ausgräbt.

Nach kurzer Besprechung wird ein Zentrumsantrag, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Eine Petition des Eisenwerks Kraft in Stolzenhagen-Krummwieck (Kreis Randow) um Zulassung der Sonntagsarbeit im Rahmen des § 105, d der Reichsgewerbeordnung für die Löschung von Massengütern wie Erzen, Kohlen, Kalksteinen, Sand usw. bei Werken vom Umfang des Eisenwerkes Kraft beantragt die Kommission durch Tagesordnung zu erledigen.

Abg. **Glatzel** (natl.) beantragt gemeinsam mit Abg. **Malkwitz** (kons.) Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. **Malkwitz**: Es handelt sich um eine sachlich wohlfundierte Angelegenheit. Leider ist die Kommission zu leicht über die hier zu wahrenden Werte hinweggegangen. Stimmen Sie für Berücksichtigung, zumal da es sich nicht um eine dauernde Regelung handelt. (Beifall.)

Die Abgg. **Brust** (Ztr.) und **Borgmann** (Soz.) empfehlen den Kommissionsantrag. Die Sonntagsruhe dürfe nicht durchbrochen werden.

Der Antrag Glatzel-Malkwitz wird angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 11 Uhr: Petitionen, Anträge.

Schluß 4½ Uhr.

---

# Ausland.

**Großbritannien.** Im Unterhause legte Schatzkanzler Lloyd George dem Hause eine Botschaft des Königs vor, in welcher auf die Notwendigkeit einer Revision der Zivilliste hingewiesen und verlangt wird, daß eine besondere Vorsorge getroffen werden soll für die Königin Mary, im Falle daß sie den König überlebt, und für die jüngeren Kinder des Königs bei ihrer Großjährigkeit oder ihrer Heirat. Die Botschaft spricht ferner mit, daß der König nicht beabsichtige, vom Hause eine Apanage für den Prinzen Eduard zu verlangen, da die Einkünfte des Herzogtums Cornwall ausreichend seien für seinen Unterhalt. Aber im Fall einer Verheiratung des Prinzen wünscht der König, daß für seine Gemahlin entsprechend gesorgt werde. Premierminister Asquith legte gleichfalls eine Botschaft des Königs vor, welche eine Bestimmung für eine eventuelle Regentschaft empfiehlt. — Die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Ausdehnung des parlamentarischen Wahlrechts auf die Frauen unter denselben Bedingungen wie bei den Munizipalwahlen, wurde formell angenommen. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Gesetzentwurf in dieser Session erledigt wird.

**Griechenland und die Türkei.** Wie die Konstantinopler Blätter melden, hat die Pforte ihren Athener Gesandten beauftragt, wegen der Mißhandlung eines türkischen Offiziers und anderer Passagiere durch Griechen beim Ueberfall auf das rumänische Schiff „Imperatul Trajan" zu protestieren. — Bei Redaktionsschluß erfahren wir noch aus Athen: Die Regierung hat die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen den Bootsleute angeordnet, die einen Deserteur griechischer Abstammung, den der „Imperatul Trajan" nach Rumänien bringen wollte, mit Gewalt von Bord entfernt haben. Daß die Volksmenge das Schiff geplündert und den Kapitän mißhandelt habe, ist nicht richtig.

**Spanien.** „Liberal" glaubt zu wissen, als Antwort auf den Protest des Vatikans gegen das königliche Dekret, daß die nichtkatholischen Kulte zur Führung äußerer Abzeichen ermächtigt habe die Regierung dem Botschafter beim Vatikan eine Note für den Kardinal-Staatssekretär Merry del Val übersandt, in der es heißt, das fragliche Dekret habe mit dem Konkordat nichts zu tun und bedeute daher keine diplomatische Inkorrektheit. Es handele sich vielmehr um eine Maßnahme der inneren Verwaltung.

**Egypten.** Der Ministerrat hat am 14. cr. das Gesetz, daß die Rechtsprechung in allen Prozeßsachen den Schwurgerichten überweist und das Gesetz zur Unterdrückung ungesetzlicher Geheimgesellschaften in der ursprünglichen Fassung angenommen. Er hat ferner die Amendements zu dem Gesetz über die Schuldisziplin abgelehnt. Die feste Haltung der Regierung macht hier einen vorzüglichen Eindruck, da sie zeigt, daß die Behörden entschlossen sind, die nationalistische Gewalttätigkeit und Auflehnung gegen die bestehende Ordnung in jeder Form zurückzuweisen.

---

# Aus Nah und Fern.

**Immer wieder Unwetter.** Von einem Unwetter wurde in der Nacht zum 14. cr. auch Oberammergau betroffen. Große Wassermassen durchfluteten den Ort, doch ist das Wasser infolge des Nachlassens des Regens rasch abgeflossen. — Nach einer späteren Meldung aus München ist in Oberammergau der Bahnverkehr (laut Mitteilung der Lokalbahnsektion) infolge des Hochwassers unterbrochen. — Auch aus vielen Teilen Nordtirols laufen Hiobsposten über Hochwasser und Muhrbrüche ein. Alle Flüsse sind in rapidem Steigen begriffen. Die Stubaitalbahn hat wegen Erdrutsches beim Innsbrucker Elektrizitätswerk den Verkehr eingestellt. Der Regen dauert unverändert an. Nach Meldungen aus Schwaz herrscht dort große Hochwassergefahr. Im Zillertal von Uderns bis Kaltenbach ist alles überschwemmt. Militär und Feuerwehr sind ausgerückt, um die bedrohte Bevölkerung in Sicherheit zu bringen und die Wildbäche abzudämmen. In München ist die Hochwasserflut aus dem Gebirge am Dienstag mittag eingetroffen und hat in wenigen Stunden die ganze Flutmulde der Isar bis zum äußersten Uferrand gefüllt. Infolge erneuter Regengüsse im Gebirge steigt das Wasser noch weiter. — Aus Murnau und Garmisch wird gemeldet, daß die dortigen Wassermassen die Katastrophenhochwasser von 1899 übertreffen. Die Straßen sind stark gestiegenen Kochelsee stehen unter Wasser. Der Farchant beträgt die Wassertiefe teilweise zwei Meter. Es sind dort mehrere Muhren niedergegangen. Nach einer weiteren Meldung aus Füssen ist infolge anhaltenden wolkenbruchartigen Regens die Poellat über die Ufer getreten. Die Gegend südlich von Hohenschwangau gleicht einem ungeheuren See. Die Feuerwehren von Schwangau und von Füssen sind zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Lech ist gleichfalls außerordentlich gestiegen. Man befürchtet eine Katastrophe, da es andauernd regnet. Schließlich läuft noch folgendes Telegramm aus München ein: Der gesamte Bahnverkehr auf der Strecke Weilheim—Peißenberg ist seit Dienstag abend infolge des Hochwassers unterbrochen. — Sodann seien noch folgende Telegramme verzeichnet:

**Schuld (Abtral), 14. Juni. Bis 3 Uhr nachmittags sind 49 Tote aus Land gespült worden. Nach den Listen der Arbeitunternehmer befürchtet man, daß 70 Arbeiter umgekommen sind.**

**Altenahr, 14. Juni. Bisher sind 58 Leichen geborgen, 1 Million landet worden. Der Schaden wird auf drei Millionen geschätzt. Es regnet stark.**

**Furchtbares Schiffsunglück.** Nach einer Meldung aus Willemstadt (Curacao) ist der Regierungsschoner „van Herat" gestrandet und gescheitert. Der Kapitän, die Mannschaft und die Passagiere, mit Ausnahme von fünf Personen sind ertrunken. Unter den Ertrunkenen befindet sich auch der Gouverneur von Buenos Aires.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191006152-12/fragment/page=0002

**Zur Katastrophe des „Pluviose".** Da es unmöglich ist, zu den übrigen im „Pluviose" eingeschlossenen Leichen zu gelangen, soll versucht werden, das Unterseeboot höher auf den Strand zu bringen.

**Schwere Eisenbahnkatastrophe.** Nach einer Meldung der „Frankfurter Ztg." aus Kalkutta ist auf der Tapitalbahn ein Personenzug beim Passieren einer Brücke durchgebrochen. 15 Wagen sind hinabgestürzt; viele Personen sind getötet bezw. verletzt.

**Neue Erdstöße in Italien.** Wir erfahren aus Rom, 14. Juni: In vergangener Nacht 12¾ Uhr wurde in Reggio di Calabria, Nyleto und Gallina ein heftiger Erdstoß verspürt. Ein zweiter starker Erdstoß wurde um 10½ Uhr vormittags in Messina und Gallina wahrgenommen. Ueberall entstand eine Panik. Schaden ist jedoch nicht angerichtet worden.

# Provinz Sachsen und Umgebung.

M. **Mühlberg**, 13. Juni. (Der Frachtverkehr auf der Elbe) ist in diesem Jahre andauernd geringer als in den Vorjahren. Auf den letzten milden Winter, der die Schiffahrt überhaupt nicht zum Stillstand brachte, folgte eine monatelang anhaltender hoher Wasserstand, der die volle Ausnutzung des Laderaumes der Fahrzeuge gestattete. Wegen der Stille im Baugewerbe fehlt es nun sehr an Holz- und Ziegelladungen. Böhmische Braunkohlen aber, deren Ausfuhr früher den meisten Laderaum beanspruchte, haben im Export einen Rückgang erfahren. Selbst in den Elbestädten, wo man früher Briketts nur dem Namen nach kannte, kommt dieses Feuerungsmaterial immer mehr in Aufnahme.

— **Aus Anhalt**, 13. Juni. (Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.) Wie der Vorstand der anhaltischen land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in seinem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht über das Jahr 1909 mitteilt, sind in den ehrenamtlichen Stellen der Verwaltung keine Aenderungen vorgekommen. Seit dem 1. Juli 1909 ist im Hauptamt ein technischer Aufsichtsbeamter, Herr Dr. Muske, angestellt. Im Jahre 1909 kamen 733 Unfälle bei der Berufsgenossenschaft zur Anzeige. Herbeigeführt wurden davon 38 Unfälle durch Maschinen, 295 durch Fuhrwerk, 32 durch Viehhaltung, 116 durch Hofarbeit, 26 durch Hauswirtschaft, 49 durch Feldarbeit, 45 durch Forstarbeit, 20 durch Gartenarbeit, 112 durch sonstige Veranlassung. Die gezahlte Entschädigungssumme belief sich auf 124 850,44 Mk. (4587,77 Mk. mehr als im Vorjahre). 781 Verletzte, 113 Witwen und Witwer und 105 Kinder haben 1909 Entschädigungen bezogen. Von den neu hinzugekommenen 137 entschädigungspflichtigen Unfällen waren 10 tödlich. Verstorben sind 1909 31 Unfallrentenempfänger mit einer Jahresrente von 5161,20 Mk. Die Rechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 362 241,99 Mk. ab.

## Landwirtschaftliches.

= **Import und Ankauf von Zuchtpferden durch die Landwirtschaftskammer.** Der Ankauf von weiblichem Zuchtmaterial durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer in Halle a. S. soll im Jahre 1910 in der Provinz und den Ursprungsländern stattfinden. Für den Ankauf in der Provinz kommen nur reinblütig gezüchtete Tiere mit Abstammungsnachweis in Frage. Sofern solche vorhanden sind, bittet die Kammer, ihr rechtzeitig, d. h. vor dem 1. Juli, Nachricht zu geben. Um für den Bedarf einen möglichst richtigen Anhalt zu haben, werden die Herren Züchter gebeten, spätestens bis zum 1. Juli der Landwirtschaftskammer mitzuteilen, wie viele Tiere sie in diesem Jahre zu kaufen gedenken und eventuell bereit wären, auf der von der Landwirtschaftskammer abzuhaltenden Auktion zu erstehen.

# Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 15. Juni.

— **Der Bahnhof vom Hochwasser abgesperrt.** Infolge des gestern über unsere Stadt niedergegangenen Unwetters bot u. a. der Bahnhofsvorplatz ein eigenartiges Bild. Die furchtbaren Wassermassen drangen vom Riebeckplatze, von der Eilgutstelle und der äußeren Delitzscher Straße herunter und sammelten sich auf dem Bahnhofsvorplatze, der nach noch nicht einer halben Stunde in einen großen See verwandelt war. Das Wasser stand 1 Meter hoch und zwar in einer Breite von etwa 200 Metern auf der Delitzscher Straße und auf dem Vorplatze des Bahnhofes. Die elektrische Bahn konnte nicht fahren, das Wasser stand bis über die Vorder- und Hintersteige und bedeckte auch noch den ganzen Garten, der das Betriebsinspektionsgebäude umgibt. Der Verkehr stockte vollständig. Die Hunderte von Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen, die aus den östlichen Fabriken in die Stadt heim wollten, versuchten anfänglich durchzuwaten, kehrten aber meistens wieder um. Ein großer Teil fuhr auf leeren Fracht- und Rollwagen durchs Wasser, doch bekamen auch sie, auf dem Wagen stehend, noch nasse Stiefel. Ein großer Teil Reisender, die zur Bahn wollten, standen ratlos vor der großen Flut. Sogar aus dem hochgelegenen Postgebäude floß das Wasser aus dem Erdgeschoß heraus. Ein etwas angetrunkener Geschirrführer glitt an der Ecke zur Eilgutabfertigung aus und verschwand in der Flut. Nicht ein Härchen seines Hauptes war zu sehen. Er versuchte sich langsam, jedenfalls etwas ernüchtert, wieder aufzurichten, wobei ihm eine in der Nähe befindliche Gaslaterne zum Glück als Krücke dienen konnte. — Auch an anderen Stellen der Stadt hat das gestrige Unwetter vielerlei Schaden angerichtet. Wir kommen darauf noch zurück.

# Letzte Telegramme.

### Die Unwetter.

**Berlin**, 15. Juni. Ein furchtbares Unwetter, Gewitter und Wolkenbruch, suchte gestern abend in der siebenten Stunde Berlin und seine Umgebung heim. Es trat völlige Finsternis ein. Am maßlosesten war die Gewalt des entfesselten Elementes im Südwesten und Westen. Der Regen stürzte mit solcher Heftigkeit herab, daß im Nu ganze Stadtviertel überflutet waren. Der Ansturm auf die Feuerwehr war so groß, daß immer nur ein Wagen entsandt wurde. Im ganzen liefen über 100 Alarmierungen ein. Am Bahnhofe Paoapstraße erfolgte ein größerer Dammrutsch. Das Wasser überflutete selbst am Wittenbergplatz und in der Breiten Tauenzienstraße die Bordschwellen und drang in die Keller ein.

**Berlin, 15. Juni. Nachdem das Ahrhochwasser langsam zurückgegangen ist, läßt sich erst erkennen, welch unermeßliches Unglück die Hochflut über das blühende Ahrtal gebracht hat. Einzelne Dörfer sind völlig vernichtet. Zahlreiche Städte sind ohne Beleuchtung. Die Zahl der vermißten Personen wird jetzt auf 200 angegeben.**

Auch in München ist infolge des Wachsens der Isar Hochwasser zu befürchten.

### Zum Kampf im Baugewerbe.

**Berlin**, 15. Juni. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts im Baugewerbe, die gestern in Dresden eröffnet wurden, werden sich mit Differenzen in 600 Städten zu befassen haben. In Rheinland und Westfalen wird morgen die Arbeit allgemein wieder aufgenommen, und zwar unter den vom Schiedsgericht festgesetzten Bedingungen.

### Das syrische Waisenhaus ein Raub der Flammen.

**Berlin**, 15. Juni. In der gestrigen Generalversammlung des Evangelischen Kirchenbau-Vereins teilte nach dem „B. L.-A." der Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherr v. Mirbach, mit, daß vor wenigen Stunden dem Kaiser ein Telegramm zugegangen sei, demzufolge in Jerusalem das syrische Waisenhaus ein Raub der Flammen geworden sei. Ueber 1000 Waisenkinder sind einstweilen in den Räumen der Kaiserin Augusta-Stiftung auf dem Oelberge untergebracht worden.

— Wasserwärme der Saale, mitgeteilt vom Florabad, am 15. Juni: 22° C.

# Börsen- und Handelsteil.

**Hallesche Kaliwerke, Aktiengesellschaft, zu Schlettau a. S.**

Im Geschäftsbericht für das Jahr 1909 wird u. a. ausgeführt: Im Berichtsjahre 1909 wurden die Teufarbeiten im Schachte weitergeführt. Der Schacht erreichte am Jahresschlusse eine Teufe von 540 Metern. Die Wasserzuflüsse sind bis auf 40—50 Liter pro Minute zurückgegangen. Durchteuft wurden mit dem Schacht die wechselnden Schichten des mittleren und unteren Buntsandsteins, bestehend aus Ton, Letten und Sandsteinbänken. Die durchteuften Gebirgsschichten entsprachen alle Zeilen fast genau der Schichtenfolge des im Streichen des Schachtes gelegenen Bohrloches Zscherben II, welches etwa zwei Kilometer vom Schachte entfernt ist. Auch sonst machten sich während des ganzen Schachtbaues keine nennenswerten Störungen in den Gebirgsschichten bemerkbar, so daß wir es mit einer überaus gleichmäßigen, ungestörten Ablagerung des Deckgebirges und voraussichtlich auch des Kalilagers zu tun haben und damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Kalisalze in unserem gesamten Grubenfelde in der durch die Bohrungen und den Schacht aufgeschlossenen Beschaffenheit und Mächtigkeit vorhanden sind. Wir haben inzwischen am 4. Februar 1910 bei einer Teufe von 581 Metern mit dem Schacht das obere Steinsalzlager von 13 Meter Mächtigkeit erreicht, durchteuften ebenso die darunter befindlichen Anhydrit- und Salztonschichten, kamen dann bei 609 Meter in das zweite Steinsalzlager und bei 663 Meter in das Haupt-Anhydritlager, welches eine Mächtigkeit von 47,5 Metern besaß, worauf 9 Meter Salzton folgten und wir bei 718 Metern am 1. Juni das Kalisalzlager erreichten. Inzwischen wurden die Projekte für die Tagesanlagen ausgearbeitet und diese sämtlich in Auftrag gegeben. Für die elektrische Zentrale haben wir eine Dampfturbine für eine Leistung von 600 K. W. in Auftrag gegeben. Mit der Fundamentierung für Schachtgebäude und Förderbrücke ist bereits begonnen worden. Für die Chlorkaliumfabrik wurden die Projekte inzwischen ebenfalls fertiggestellt und sowohl die Bauarbeiten, als auch die Maschinen und Apparate in Auftrag gegeben. Die Kristallisation ist in den Maurerarbeiten vollständig fertiggestellt, während das Mühlengebäude, Löschaus, die Vordampfstation und Deckstation etwa bis zum ersten Stockwerk hoch geführt sind. Wir hoffen, daß wir mit unseren sämtlichen Tagesanlagen so rechtzeitig fertig werden, daß die Förderung und der Fabrikbetrieb noch im Laufe dieses Herbstes aufgenommen werden können. Wir haben ein in der Ortslage Schlettau befindliches Grundstück gekauft, um die Möglichkeit zu haben, eine größere Anzahl Arbeiterwohnungen zu errichten. Die Aufbringung der für die Fertigstellung unserer Bergwerks- und Fabrikanlage noch erforderlichen Geldmittel ist in der Weise geregelt, daß uns seitens unserer Banken ein Kredit bis zu insgesamt zwei Millionen Mark eingeräumt wurde, welcher durch eine auszunehmende Obligationsanleihe gedeckt werden soll. Dieser Kredit ist bisher (Anfang Juni 1910) mit etwa 185 000 Mk. in Anspruch genommen. Wir hoffen, daß wir mit diesen Mitteln unser Werk vollkommen fertigstellen und den Betrieb ohne nennenswerte Schulden beginnen können. Unser Bankguthaben betrug am Ende des Jahres 179 723,90 Mk. Zum Schlusse bemerken wir, daß wir zwei Felder unseres Bergwerksbesitzes an die Bergwerksgesellschaft „Scale" G. m. b. H. veräußert haben. Der Schacht soll mit dem unserigen durchschlägig werden. Unsere Gesellschaft hat hiernach noch einen Bergwerksbesitz von sechs preußischen Normalfeldern.

# A. Produkten- und Warenmärkte.

### Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 14. Juni. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, ruhig, englischer gut 192 bis 198 M, mittel —,— M, gering bis —,— M, do. Sommer- gut 192—198 M, mittel — bis — M, do. Kolben Sommer- gut ——— M, do. Naukgut —,— M, do. ausländischer gut —,— M. Roggen stetig, inländ. gut 138 bis 142 M, mittel — bis — M. Gerste, ruhig, hiesige Chevaliergerste gut — M, mittel do. —,— M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut — bis — M, mittel —,— M, ausländische Futtergerste ruhig, gut 112—117 M, feinste über Notiz. Hafer ruhig, inländ. gut 152 bis 161 M, ausländischer —,— M. Mais still, runder gut 153—156 M, amerikan. dunter 140—146 M. Erbsen hiesige Viktoria gut —,— M, grüne Folger —,— M.

— **Berlin**, 14. Juni. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg: Märk. 195—198 M ab Bahn. Normalgew. 755 g. Abnahme im Juli 198,00—198,75 M, im September 188—188,50—188,25—189 M, im Oktober 188,50 189,50 M, im Dezember 188,75 bis 189,50 M Tendenz: fest. Roggen für 1000 kg inländ. —,— M ab Bahn, Normalgew. 712 g Abnahme im Juli 149,75—150,50—150—150,25 M, im September 152,00—151,25—151,75—151,50 M, im Oktober 153—152—152,25 M im Dezember 153—152,50—153 M Tendenz: Nahe Lieferung fest. Hafer per 1000 kg Normalgew. 450 g Abnahme im Juli —,— M, im September 153,50—153,75—153,50 M, im Oktober 154—153,75 bis 154 M Tendenz: fest. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Juli —,— M, Tendenz: geschäftslos. Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack. Nr. 00 24,50 bis 27,50 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: ruhig. Roggenmehl Nr. 0 und 1 17,60—19,60 M, im Dezember —,— M. Tendenz: behauptet. Rüböl für 100 kg mit Faß. Abnahme im Lauf. Monat 53,80 M Br., im Oktober 49,60 M. Tendenz: schwächer.

**Frühmarkt.** (Amtliche Notierungen.) Berlin, 14. Juni. Weizen loko 195—197 M, Juli —,— M, September 187,25 M, Dezember —,— M ab Bahn und frei Wagen. Roggen loko 140—142 M, Juli 148,75 bis 148,50 M, September 151,00—150,75 M ab Bahn und frei Wagen. Gerste, leichte inländische Futtergerste 130,00—136,00 M, schwere do. 137,00—150,00 M, russische und Donau leichte 114—120 M, do. schwere 121—130 M frei Wagen und ab Bahn. Hafer, märk., mecklbg., pomm., pos., schles. fein 164—173, do. mittel 153—163, do. gering 146—152, russ. u. Donau mittel —,— M frei Wagen und ab Bahn. Mais, amerikan. mixed alter 154—156 M, neuer abl. 140—144 M, runder 150—154 M frei Wagen. Erbsen, inl. Futterware, mittel 151—161 M, russische do. 151—161 M, feine Taubenerbsen 162—170 M, Viktoriaerbsen —,— M, kleine Kocherbsen —,— M frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 24,50—27,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 17,60 bis 19,60 M. Weizenkleie, grobe 10,50—11,50 M, feine 10,50 bis 11,50 M. Roggenkleie 9,75—10,50 M.

**L. Weltmarkt**, Berlin, 14. Juni. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Juli 196,75, Sept. 189,00. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 163,00, Juli 152,35, Chicago Northern I Spring, Juli 141,35, Sept. 136,90. Liverpool Red Winter Nr. 2, Juli 142,25. Paris Lieferungsmare Juni —,—. Budapest Lieferungsmare Okt. 159,50. Odessa Ulka $9^{20}/_{30}$ 2—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 127,75. Buenos-Aires Durchschnittsqualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Juli 150,25 Sept. 151,50. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 90,90. Hafer: Berlin 450 gr. Juli 149,75, Sept. 153,50. Mais: Berlin Lieferungsware Juli —,—. Newyork mixed Juli 110,50. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei —,—.

**L. Hamburg**, 14. Juni. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum Mai 195 M, Northern Manitoba II Mai/Juni 211 M, Hardwinter II Aug./Sept. 214 M, Rosafe 77 kg April/Mai 198 M, Mai/Juni 198 M, Barusso 78 kg Mai/Juni 198 M, 77 kg Mai 196 M, Australi. Febr./März 206 M, Russ. Hartweizen 10 Pud 15/20 Mai/Juni 193 M, Orenburg. 78/79 kg Mai/Juni 199 M, Samara 78/79 kg Mai/Juni 200 M, Ulka 10 Pud 4% Mai/Juni 198 M, Kajima 10 Pud 5 Mai/Juni 200 M, Choice White Karachi Mai/Juli 200 M — Roggen: Südr. 9 Pud 20/25 Juni/Juli 151 M, Aug./Sept. 152 M. — Futtergerste: Südr. 58/59 kg schwim. 105 M, Juni 105 M, Juli 106 M, Aug. 107 M, Sept./Okt. 108 M, Okt./Dez. 109 M — Mais: La Plata Mai/Juni 126 M, Juni/Juli 124 M, Juli/Aug. 125 M, Aug.-Sept. 126 M, Sept./Okt. 126 M.

### Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg**, 14. Juni. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: —,— Mk. Tendenz: still.

— **Berlin**, 14. Juni. Kartoffelstärke 19,75—20,25 Mk., Kartoffelmehl 19,75—20,25 Mk.

### Spiritus.

— **Nordhausen**, 14. Juni. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,75—86,75 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,75—96,75 Mk. per loko, per Juni-September-Lieferung 25 Pfg. teurer, ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 14. Juni. Spiritus stetig, Juni $18^1/_2$ G., Juni-Juli $18^1/_2$ G., Juli-August $18^1/_2$ G.

— **Paris**, 14. Juni. Spiritus ruhig, Juni 59,25, Juli 59,00, Juli-August 59,00, September-Dezember 49,00.

### Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 14. Juni. Rüböl loko 57,00, Oktober 55,50.

— **Hamburg**, 14. Juni. Rüböl ruhig, loko verzollt 56,00.

— **Amsterdam**, 14. Juni. Leinöl flau, loko —, Juli 34, Juli-August $33^3/_4$, Septbr.-Dezbr. $31^7/_8$, Januar-April —.

— **Paris**, 14. Juni. Rüböl ruhig, Juni 54,25, Juli 54,50, Juli-August 54,50, September-Dezember 55,75.

— **Pest**, 14. Juni. Kohlraps träge, August 12,00.

### Zucker.

**W. Hamburg**, 14. Juni. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per Juni 14,45, per Juli $14{,}52^1/_2$, per August $14{,}57^1/_2$, per Oktbr.-Dezbr. 11,45, per Januar-März $11{,}52^1/_2$, per Mai $11{,}67^1/_2$. Tendenz: ruhig.

**W. London**, 14. Juni. Rüben-Rohzucker 88% Juni 14 sh. 5¾ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96% prompt 14 sh. 6 d. Wert ruhig.

### Kaffee.

— **Hamburg**, 14. Juni. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) September $35^1/_2$ G., Dezember $35^1/_2$ G., März $35^1/_2$ G., Mai $35^1/_2$ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 14. Juni. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 40.

— **Havre**, 14. Juni. Kaffee. Good average Santos Sept. 45,75, Dezember 45,50, März 45,25, Mai 45,25. Tendenz: ruhig.

**W. Rio de Janeiro**, 13. Juni. Kaffee. Zufuhren 6000 Sack in Rio, 13 000 Sack in Santos.

### Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 14. Juni. Baumwolle, matt, Upland middling loko 76 Pfg.

— **Antwerpen**, 14. Juni. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Juni 6,20 bez., Oktober 5,90 bez. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool**, 14. Juni. Baumwolle. Umsatz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export —— Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni 7,62, per Juni-Juli 7,73, per Juli-August 7,64, per Aug.-Sept. 7,33, per Sept.-Okt. 6,87, per Okt.-Nov. 6,64, per Nov.-Dez. 6,55, per Dez.-Jan. 6,51, per Jan.-Febr. 6,49, per Febr.-März 6,48.

### Petroleum.

— **Hamburg**, 14. Juni. Petroleum schwach, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,00.

### Metalle.

— **Amsterdam**, 14. Juni. Banczinn träge, loko $89^1/_4$.

— **London**, 14. Juni. Blei, span., $12^1/_{16}$ Lstrl., engl. 12 Lstrl., Zinn $146^1/_4$ Lstrl., Zink $22^5/_8$ Lstrl., Chili-Kupfer 55 Lstrl., 3 Monate $55^11/_{16}$ Lstrl.

— **Glasgow**, 14. Juni. Roheisen, Scotch warrants — sh. — d. Middlesborough Warrants III 48 sh. $10^1/_2$ d.

# B. Tiere und tierische Produkte.

### Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 14. Juni. (Amtlicher Bericht.) Städtischen Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 296 Rinder und zwar — Stiere, 70 Ochsen, 68 Bullen, 158 Kühe u. Kalben, 261 Kälber, 170 Schafvieh usw., 1534 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Stiere und Ochsen: A. 40—43, B. 34—39, C. bis 34, D. — bis —, E. ——— M. Bullen: A. 40 bis 44, B. 35—39, C. bis 34, D. bis 31 M. Kalben u. Kühe: A. 40—43, B. 37—40, C. 30—36, D. 26—29, E. 20—25 M. Kälber: A. 70—80, B. bis 67, C. 40—53, D. 28—36 M. Schafe: A. — bis 40, B. 34—38, C. bis — M. Schweine: A. ——— (Schlachtgewicht ———), B. 48—50 (60—63), C. 46—50 (58—63), D. 46—50 (59—60), E. 44—48 (55—60), F. 42—48 (53—60) M. Verlauf und Tendenz: langsam. Ueberstand: 10 Rinder, 62 Kälber, 22 Schafe, 250 Schweine. Die Schlachtgewichtspreise für Schweine verstehen sich unter Berücksichtigung eines Tarabzuges von 20%.

# C. Neueste Handels-Depeschen.

**W. New-York**, 14. Juni. Roter Winter-Weizen loko $104^1/_2$, per Juli $99^1/_2$, per Sept. $96^1/_8$, per Dez. $97^1/_4$, per Mai ——, Mais per Juli 67, per Sept. $66^5/_8$, per Dez. $63^3/_4$. Mehl 4,15. Getreidefracht nach Liverpool $1^1/_4$.

**W. Chicago**, 14. Juni. Weizen per Juli $92^5/_8$, per Sept. $89^5/_8$, Mais per Mai $58^1/_2$.

**W. New-York**, 14. Juni. Petroleum Standard white in New-York 7,65, do. in Philadelphia 7,65, do. in Refined Cases 10,05, do. Credit Balances at Oil City 130.

**W. New-York**, 14. Juni. Schmalz Westernsteam 12,60, Molke und Brothers 13,15.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben für Provinz, Allgemeines, Gerichtsw., Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: Heinrich Mielschner; Schlußredaktion A. Borwecke, Druck u. Verlag: C. A. G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191006152-12/fragment/page=0003

# Berliner Börse, 14. Juni 1910

Die Rubrik in Quadratschrift, gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1.1.Jan. | 1.1.Apr. | 1.1.Jul. | 1.1.Okt. | 1.4.1.6. | 1.5.1.8. | 1.5.1.11. | 1.5.1.12. | 1.1.4.7.10. | 1.5.1.11. | 1.5.1.12. | 1.1.4.7.10. | 1.5.1.8. | 1.5.1.11. | 1.6.1.12